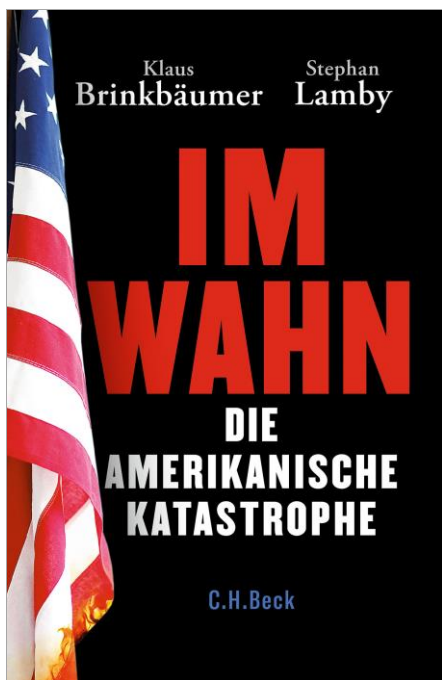


Unverkäufliche Leseprobe



Klaus Brinkbäumer, Stephan Lamby
Im Wahn

Die amerikanische Katastrophe

2020. Rund 400 S., mit 16seitigem farbigen Bildteil
ISBN 978-3-406-75639-9

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/30934925>

Klaus Brinkbäumer Stephan Lamby

IM WAHN

**Die
amerikanische
Katastrophe**

C.H.Beck

**«Eine Lüge ist bereits dreimal um die Welt gelaufen,
bevor sich die Wahrheit die Schuhe anzieht.»**

Mark Twain

**«The truth is balance. However, the opposite of truth, which is unbalance,
may not be a lie.»**

Susan Sontag

«Redet wahr und lacht des Teufels.»

William Shakespeare

INHALT

Prolog	11
1. Verfeindete Staaten	33
«Sie sind hinter euch her»	33
Der ältere Herr Biden	38
Der Korrespondent	42
Worte und Taten	45
Ursünde.	65
2. Senderkrieg	71
Das Monster nährt sich selbst	71
The Enemy of the American People	74
Drei Goldgräber und eine Goldgräberin	80
3. Parteienkrieg	104
Ein Telefonat	104
Gewaltenerosion	III
4. Hurensöhne und Einbrecher	119
Nixons Tricks.	119
Die Madman-Strategie	126
Der Kampfsport Politik	130
Dirty Job	133
«Spiel es hart»	139
5. Stellvertreterkrieg	155
Rückkehr der Alphas Männer.	155
Ein aufrechter Republikaner	164
Patrioten	174

6. Sweet Tweets	193
Boom ... Breaking News!	193
Agendasetting 2020	195
Die Toreintreter	197
 7. Die Stunde der Amateure	 203
Drohnenschlag	203
Echt oder unecht, Hauptsache Rolex	206
«Hängt sie auf!»	209
Winners and losers	213
Schatten	222
Es gibt sie doch, die eine Wahrheit	224
 8. Outbreak	 232
Viele Spitzen vieler Eisberge	232
Netflix-Politik	237
Worum es geht	242
Ein Wunder	243
Wer entscheidet, was stimmt?	246
Methode Attacke	263
Im Weltkrisenzentrum	266
Der Doktor und die Trump-Show	270
Bruderliebe	278
Besuch bei «The Donald»	282
Säuberung	284
Freiheitskämpfer	292
Das Netzwerk	298
Führungskraft	300
 9. Trauma	 306
Im Weltkrisenzentrum II.	306
...-gate	306
«Sie waren wir»	309
«I can't breathe»	312

Das Schlachtfeld	324
Kollaborateure	330

10. Duell 336

Aufmacher	336
Lähmungszustände	341

11. Wenn Demokratien sterben 345

Unabhängigkeitstag	345
Eheprobleme	351
Buddha, Gandhi, Obama, Trump	355
Der atlantische Graben	356
Genuin katastrophal	360

12. Epilog..... 364

Dank 375

Register..... 379

Bibliographie..... 385

Editorische Notiz 389

PROLOG

Es erklang glockenklar, kein Misston in der Nähe, nur die lauschende Stille: das Geständnis aus dem Zentrum der Macht. «Wir machen das ständig», sagte Mick Mulvaney. Der Stabschef im Weißen Haus des Präsidenten Donald Trump erklärte am 17. Oktober 2019 explizit und auf mehrfache Nachfrage, dass Trumps Regierung fast 400 Millionen Dollar zurückgehalten habe, damit die ukrainische Regierung Ermittlungen gegen Joe Biden, Trumps politischen Gegner, aufnehme.

«Ja», sagte er erneut auf die Frage, ob diese Darstellung stimme. Und: «Get over it», kriegt euch wieder ein.

Es war deshalb ein Geständnis, weil genau diese Verknüpfung einer Gegenleistung mit den Dollar-Millionen, «quid pro quo» genannt, entscheidend war. Darum drehten sich die Ermittlungen für das Amtsenthebungsverfahren gegen Trump. Und deshalb war das Geständnis des Stabschefs eine Katastrophe für die Regierung der Vereinigten Staaten. Kurzfristig. In Washington, D.C., wurde darüber spekuliert, ob dieser Moment das Ende des Spektakels namens «Trump-Präsidentschaft» bedeute.

Doch nein.

Wir leben in Zeiten, in denen selbst das, was zweifelsfrei wahr und dokumentiert ist, doch bestritten werden kann. Mitunter wird wenig später so wuchtig wie wortmächtig das glatte Gegenteil dessen behauptet, was wahr und dokumentiert ist – und mit der Zeit wird dann dieses Gegenteil geglaubt und damit zu einer alternativen Wahrheit. Und oft zur übermächtigen und damit zur scheinbar einzig wahren Wahrheit.

In den Tagen danach sagte Mulvaney, er sei absichtlich missverstanden worden. Diese gemeinen Medien! Diese «Fake News»!

Und er kam mit dieser billigsten aller Ausreden durch, weil nun ein

Bollwerk der schieren Macht Mulvaney's Worte ins politische Bewusstsein rammte.

Der Präsident persönlich.

Die Republikanische Partei.

Fox News.

Und viele Unterstützer in den sozialen Medien.

Was geschah dann? Nichts. Mulvaney blieb im Amt, Trump sowieso. Eine Woche verging, zwei Wochen vergingen, und das Geständnis war keines mehr. Die Republikaner und ihr Präsident dementierten, dass es jemals eines gegeben habe.

Was also sind Tatsachen in diesen Zeiten noch wert, Beweise, selbst wenn sie vielfach gesendet und dokumentiert wurden? Und die Wahrheit?

Als im Oktober 2019 Sebastião Salgado in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels entgegennahm, waren wir – dieses «wir» meint die meisten der Menschen, die ihm dort gegenüber saßen – gerührt, nämlich seinetwegen, und wir waren stolz darauf, Zeugen dieses Augenblicks zu sein. Salgado hatte 1994 den Völkermord von Ruanda fotografiert und bezeugt, und nun stand er dort vorn, erinnerte sich und uns an all die Toten und konnte weinend kaum weiterreden. Dort vorn stand ein Zeuge der Wirklichkeit Ruandas. Seine Fotos waren Beweise dieser Zeugenschaft, und sie belegten auch dies: Wahrheit kann dokumentiert werden, auch heute ist das noch möglich.

Wenn ein alter Afrikaner stirbt, stirbt eine Bibliothek, das sagt ein Sprichwort aus Ghana, und es meint, dass nur dieser eine Alte weiß, was er eben weiß: Niemand hat dieses Wissen niedergeschrieben, und mit dem Tod des Alten ist sein Wissen verloren. Im Westen allerdings, in der Welt Mulvaney's und Salgados, ist das anders: Wir alle können uns an alles erinnern, wenn wir denn wollen, da alles digital verwahrt wird.

Der Unsinn allerdings auch. Die Propaganda. Die Lügen.

«Es gibt die Erkenntnis, aber nicht die Bildung», sagte Aleida Assmann, Friedenspreisträgerin von 2018, in Frankfurt, und sie meinte damit, dass so etwas Kostbares wie Wahrheit zwar weiterhin existiere, sich aber kaum mehr durchsetzen könne gegen all die Verdrehungen.

Donald Trump nimmt Wirklichkeit verzerrt wahr und er gibt sie häufig verzerrt, ja nachweislich falsch wieder. Ist Donald Trump krank, im medizinischen Sinne? Einige unserer Gesprächspartner, auch solche, die mit Trump zusammengearbeitet haben oder ihn seit vielen Jahren beobachten, sind dieser Ansicht. Gewiss, man kann das auch anders sehen. Wir maßen uns zu dieser Frage kein Urteil an. Wir sind keine Mediziner, wir sind Journalisten, die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse beobachten. Jill Lepore, die Harvard-Historikerin, erklärt uns: «Wir erlebten eine Katastrophe, lange bevor die Pandemie begann.» Diese Katastrophe ist unser Thema.

Ein Präsident also, der Medien «Fake News» nennt – und «Volksfeinde». Der gestützt und verstärkt wird durch Medien, die dieses Spiel mitspielen, aus wirtschaftlichen Gründen oder für den Zugang zur Macht oder auch wegen des persönlichen Ruhms einiger Beteiligten. Ein Publikum, das sich gleichfalls für eine der beiden Seiten entschieden hat und die Gegenseite verdammt und hasst und mehrheitlich sowieso nicht mehr daran glaubt, eine Darstellung und Deutung der Wirklichkeit geliefert zu bekommen. Das sind die USA unserer Zeit, und eine Gesellschaft, die es so weit kommen lässt, ist mutmaßlich nicht mehr funktionsfähig, mindestens gespalten.

Wichtig ist, gleich zu Beginn dieses Buches, eine Einschränkung: Kaum eine Diagnose, die für einen Staat dieser Größe und Komplexität gestellt wird, kann ganz und gar stimmen, also zu 100 Prozent. Natürlich gibt es auch in den USA von heute noch leistungsfähige Bereiche und sogar Solidarität: In den Monaten, als das Virus SARS-CoV-2 das Land erschreckte, erschütterte und lähmte, halfen viele Menschen einander, retteten einander.

Unsere Diagnose stimmt aber für das politische Amerika und die Welt der Medien, sie stimmt für das digitale Amerika, und grundsätzlich (mit der genannten Einschränkung) stimmt sie deshalb für die amerikanische Gesellschaft: Die Vereinigten Staaten unserer Zeit sind ein gespaltenes, ein polarisiertes Land.

Sie haben diese Spaltung so tief und so weit getrieben, dass sie politisch handlungsunfähig geworden sind, buchstäblich dysfunktional; so

weit, dass sie auf Krisen nurmehr mit neuer Aggression, aber nicht mehr strategisch reagieren können, von Prophylaxe oder internationaler Zusammenarbeit, von Verlässlichkeit gar nicht zu reden; so weit, dass aus dem Zusammentreffen von fünf Krisen im Sommer 2020 eine amerikanische Katastrophe geworden ist.

Die Corona-Krise schockierte und überforderte das Land, und Ende August hatte das neuartige Virus, allein in den USA, über 180 000 Menschen getötet. Daraus folgte eine Krise des Arbeitsmarkts, mit geschätzten 40 Millionen Menschen, die zeitweise oder dauerhaft ihren Job verloren. Das uralte amerikanische Krisenthema, Rassismus, kam hinzu, als in Minneapolis George Floyd von vier Polizisten getötet wurde. Die vierte Krise ist das Scheitern der Politik, die Blockade, die Handlungsunfähigkeit. Die fünfte besteht im Verfall der Glaubwürdigkeit von Wissenschaft und Medien, von Daten und Fakten – oder in der Konjunktur, die Verschwörungstheorien erleben.

Es gibt in den USA dieser Jahre kein Thema mehr, das einfach nur als sachliche Frage diskutiert und dann, ohne Triumphgeheul und Verletzungen, geklärt würde. Alles hier ist zur Identitätsfrage geworden und damit zur Frage von Sieg oder Niederlage: wir oder die. Es ist kaum mehr vorstellbar, dass eine Amerikanerin zunächst John McCain und beim nächsten Mal Barack Obama wählt oder dass sie zwar für Klimapolitik, zugleich aber gegen Abtreibung, für den Schutz von Migranten und Flüchtlingen, aber doch auch für minimale Steuern ist – das heutige Amerika verlangt nach kategorischer Entscheidung und ultimativer Positionierung und damit nach Ausgrenzung und Verdammung.

Bist du Republikanerin?

Dann existiert der Klimawandel für dich nicht, Migration ist gefährlich für dein Land, Steuern sind sozialistisch, Abtreibung muss verboten werden, dann weiß Wissenschaft auch nicht mehr als Religion und CNN lügt. Das Stammesdenken hat Amerika erobert.

Es ist uns an dieser Stelle wichtig, zunächst zu behaupten (und im Folgenden zu belegen), dass wir neutral, also ohne parteipolitische Präferenz, auf die USA blicken wollen. Wir, die Autoren dieses Buches, wollen nicht Teil dessen sein, worüber wir schreiben, sondern wir wollen

ergründen und berichten, dann analysieren. Unser Ziel ist es, mit kritischer Zuneigung zu begreifen, wie die USA derart vom Weg abkommen konnten, wie sie ihre eigenen Ideale verraten und die unangefochtene Position der Weltmacht Nummer eins, die sie jahrzehntelang innehatten, derart rasant und selbstverschuldet verlieren konnten. Von 15 katastrophalen amerikanischen Monaten wollen wir erzählen – und von den Fehlern all der Jahre, die in diese Katastrophe mündeten.

Es ist für das Verständnis dieser gewaltigen, oft bizarren Nation bedeutend, dass wir nicht einfach zwei Hälften betrachten, die beide gleichermaßen verbohrt und im Hass aufeinander gefangen seien. So nämlich sind die USA nicht. Eine solche Perspektive ginge von falschen Voraussetzungen aus, und mit ihr begänne die Verzerrung der Wirklichkeit.

Die konservative Hälfte des Landes, die republikanische, besteht aus einem weißen Amerika, welches schrumpft. Dieses Schrumpfen führt zu Ängsten, zur Selbstverteidigung, auch zur Rechtfertigung von Dingen, die gestern noch als moralisch verwerflich gegolten hätten. Davon wird in diesem Buch zu reden sein. Eine Lüge lässt sich durch das Gefühl, bedroht zu werden, leicht rationalisieren und verklären: Sie erscheint politisch notwendig und ist darum moralisch geboten, gelogen wird ja für ein höheres Gut, fürs Vaterland. Na ja, und warum dann nicht noch eine winzige zweite Lüge und ... Gruppen, die lange an der Macht waren und spüren, dass sie ihre Macht bald verlieren werden, haben in der Geschichte der Menschheit schon mehrfach moralisch Zweifelhafte getan.

Die andere Hälfte hingegen, jene der Demokraten, wächst. Sie ist bunt, vielfältig, das liegt in der Natur der Sache, da die Demokraten die Partei der Afroamerikaner sind, aber auch jene der Einwanderer aus Lateinamerika und Asien, sowieso die Partei der Studenten und Studentinnen, der Klimabewegung und der Großstädte. Das bedeutet: Die Demokraten müssen sehr viel mehr integrieren und tolerieren, um erfolgreich zu sein, dürfen nicht so sehr ausgrenzen, das unterscheidet sie von den Republikanern. Schon wahr, dass auch die Demokraten mit den Jahren schärfer geworden sind, progressiver ohnehin: Der

Kandidat Bill Clinton war 1992 in Einwanderungsfragen sehr viel strikter als die Kandidatin Hillary Clinton 2016. Auch dies, die Kursänderung der Demokraten, treibt Amerikas zwei große Parteien auseinander. Was wiederum die Spaltung und die Polarisierung der Gesellschaft verstärkt.

Was aber eben nicht stimmt, ist ein Satz, der oft zu hören ist: «Das machen doch alle.» Oder: «Die einen lügen so, wie die anderen lügen.» Beides ist falsch. Es handelt sich um politisches Framing, also die Erschaffung eines Denkrasters. Was stimmt, ist das Ergebnis: dass Amerika polarisiert ist, und diese Polarisierung hat viele Facetten.

Waffenliebhaber gegen Waffengegner. Klimawandelleugner gegen Klimabewegung. Impfgegner gegen Impfbefürworter. «Pro Life» gegen «Pro Choice», also Abtreibungsgegner gegen Befürworter des Rechts auf Abtreibung. Und Stadt gegen Land, das ist die mutmaßlich wichtigste amerikanische Polarisierung: In den bevölkerungsreichsten Bundesstaaten an den Küsten leben viele junge Amerikaner, Studenten und Studentinnen sowieso, mehrheitlich Demokraten. Der Bundesstaat New York hat 19 Millionen Einwanderer, Kalifornien fast 40 Millionen. Im Innern ist das Land herzerreißend weit, wüst, wundergleich – und leer. Der Bundesstaat Wyoming hat 575 000 Einwohner, North Dakota 762 000. Nicht jedes Klischee stimmt, und immer gibt es Ausnahmen, doch in diesem amerikanischen Landesinnern wird republikanisch gewählt, mehrheitlich.

Das verursacht eine dreifache Ungerechtigkeit:

50 Bundesstaaten schicken jeweils zwei Senatoren nach Washington, D.C.; es gibt keine Abstufung nach Größe der Staaten. Eine Stimme aus Wyoming hat also, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, 69 Mal so viel Gewicht wie eine Stimme aus Kalifornien. 30 Senatoren aus bevölkerungsreichen Staaten wie New York oder Kalifornien stehen für 70 Prozent der Bevölkerung, und umgekehrt: 70 Senatoren, die weites, einsames Land vertreten, stehen für nur 30 Prozent der Bevölkerung. Dieser windschief aufgestellte Senat ernennt nun Richter auf Lebenszeit, hat Budgethoheit, er ist so mächtig wie wichtig. Ist das noch Demokratie?

Bei der Präsidentenwahl gibt es das sogenannte Electoral College: Jeder Bundesstaat stellt einen gewissen Anteil von insgesamt 538 Wahlleuten, die den Präsidenten küren. Auch hier werden die dünn besiedelten Staaten im Landesinnern bevorteilt, und es gilt, meistens, die «winner takes all»-Regel: Wenn also eine Kandidatin die relative Mehrheit der Stimmen eines Staates ergattert, bekommt sie dort 100 Prozent der Wahlleute. Bei zwei der letzten fünf Wahlen wurde auf diese Weise ein republikanischer Kandidat Präsident, obwohl er nach absoluter Stimmenzahl verloren hatte. Dies soll die weltbeste Demokratie sein?

Das sogenannte Gerrymandering verstärkt die Absurditäten noch. Der Begriff meint das Zurechtschneiden von Wahlbezirken nach taktischem Nutzen: In Wisconsin gibt es 99 Wahlbezirke, die der republikanisch dominierte Senat des Staates derart filigran filetiert hat, dass demokratische Wahlsiege sich in einigen wenigen Bezirken ballen; und obwohl die Demokraten zuletzt 60 bis 65 Prozent der Stimmen erobert haben, halten die Republikaner immer noch die Mehrheit in ebenjenem Senat, der die Wahlbezirke einteilt. Und wenn, wie im Mai 2020, der demokratische Gouverneur das Schließen der Geschäfte und Schulen wegen Covid-19 anordnet, dann entscheidet der Supreme Court von Wisconsin, von jenem mehrheitlich republikanischen Senat eingesetzt, diese Verordnung sei verfassungswidrig.

Sagen wir es also, wie es ist: Dieses Wahlsystem ist nicht nur ein kleines bisschen unfair, es ist destruktiv und undemokratisch.

Es lässt sich auch nicht schönreden, es lässt sich bestenfalls mühevoll legitimieren: durch jene Verfassung von 1787, die den Zweck hatte, die noch fragile und schillernd vielseitige Republik zusammenzuhalten, und deshalb den Bundesstaaten im Innern und im Süden des Landes Geschenke machte – und zugleich die Besiedlung der Westküste und damit spätere Ungerechtigkeiten nicht voraussehen konnte. Dass das alles nicht längst angepasst und reformiert wurde, hat einen simplen Grund: Wer die Macht hat und erhalten kann, gibt sie nicht freiwillig her.

Je mehr sich nun die Demokraten übervorteilt fühlen, je mehr sich die Republikaner mit dem Rücken zur Wand sehen, desto aggressiver werden beide Seiten, desto weniger zählen die Argumente der Gegen-

seite noch; und wenn jede Sachfrage zur Identitätsfrage, zur Frage der Stammeszugehörigkeit wird, dann werden auch die Worte schärfer. Dann wird denunziert. Und gelogen.

Jill Lepore schreibt in *These Truths*, ihrem Werk über die Geschichte der USA: «In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts stellten Liberale wie Konservative die anhaltenden, aus den 1960er Jahren überkommenen Streitpunkte nicht mehr als Fragen von Recht und Ordnung, sondern als Fragen von Leben und Tod dar. Entweder stand Abtreibung für Mord und Waffen standen für Freiheit, oder Waffen standen für Mord und Abtreibung für Freiheit. Wie sich das darstellte, hing letztlich von der Parteizugehörigkeit ab.»

Noch ein weiterer institutioneller Destabilisierungsfaktor kommt hinzu: Während in Parlamentarischen Regierungssystemen jene Partei, die die Mehrheit im Parlament hat oder als stärkster Partner eine Mehrheitskoalition im Parlament bilden kann, eben deshalb die Regierungschefin oder den Regierungschef stellt (und dann für einige Jahre regiert und in der nächsten Wahl bestätigt oder abgewählt wird), sind im Präsidentschaftlichen Regierungssystem der USA Präsidentschafts- und Kongresswahlen voneinander unabhängig. Wirklich regieren kann ein Präsident aber nur dann, wenn seine Partei in beiden Kammern des Kongresses, Repräsentantenhaus wie Senat, die Mehrheit hat. Sobald diese Mehrheit, und das passiert in den USA oft schon nach zwei Jahren, bei den «Midterm»-Wahlen, verloren geht, entsteht ein Patt. In früheren Jahren war das nicht automatisch dramatisch, weil die Parteien noch näher beieinander waren: Es gab liberale Republikaner und konservative Demokraten, wechselnde Mehrheiten, Tauschhandel, Kompromisse. Im heutigen, polarisierten Amerika bedeutet das institutionalisierte Patt sofort Blockade, Stillstand in Washington. Und dass heute 70 Prozent der Amerikaner den Kongress schlicht verachten, liegt eben genau daran.

«Wir schaffen alles», das war einst ein durch und durch amerikanischer Satz, denn das war Amerikas Selbstbewusstsein, ganz gewiss noch in den Jahren nach 1989, also nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, als Francis Fukuyama das «Ende der Geschichte» ausrief und die USA zum Sieger erklärte. Dann aber kamen der 11. September 2001 und die

Prolog

endlosen Kriege in Irak und Afghanistan, und es kamen Wirtschaftskrisen und Chinas Aufstieg, und all das wurde begleitet von der sich immer aufs Neue selbst verstärkenden Polarisierung.

«They don't get anything done», das ist ein durch und durch amerikanischer Satz des 21. Jahrhunderts.

Because they can't.

Das Thema Corona war im gesamten bisherigen Wahljahr 2020 omnipräsent in den USA. Zwei ältere Herren wollten eigentlich in Arizona die nächste Fernsehdebatte der Demokraten bestreiten, aber dann, es war der 15. März, standen sie bloß in Washington, D.C., im menschenleeren Studio von CNN. Die zwei Männer stritten mal hitzig und mal höflich miteinander, und beweisen wollten sie, dass der dritte Mann, jener Abwesende, dessen Job sie begehrten, ein Trottel sei. Ein gefährlicher Dilettant. Und darum müsse er weg.

Joe Biden und Bernie Sanders waren sorgsam, sie machten richtig, was Donald Trump falsch machte.

Sie berührten einander nur per «elbow bump», mit den Unterarmen, und keiner fasste das Stehpult des anderen an. Sie husteten in die Armbeuge. Und sagten das Richtige.

Beide Bewerber sprachen mitfühlend von der leidenden Nation, Biden erzählte von jüngeren Amerikanern, die draußen vor den Fenstern standen und per Zeichensprache mit den alten Eltern dort drinnen kommunizierten, Familienliebe in Corona-Zeiten, nachfühlbar.

«Das hier ist Krieg. Und im Krieg tun wir alles, um unsere Leute zu retten», sagte Biden.

«Ich würde das Militär einsetzen», sagte Sanders. Und: «Wir müssten den Kerl abschalten.» Der Kerl, das war der Präsident. Trump nämlich hatte die Coronakrise seit Wochen geleugnet und verharmlost. Das Virus ziehe schon durch, solche Sätze sagte er im Januar, «das ist bald wieder fort».

Eine Trump-Corona-Chronik:

22. Januar: «Wir haben es total im Griff.»

24. Januar: «China arbeitet hart, um das Coronavirus einzugrenzen. Es wird alles sehr gut ausgehen.»

29. Januar: «Wir haben die besten Experten der gesamten Welt, und sie haben's 24/7 im Griff.»

2. Februar: «Wir haben es ausgesperrt.»

7. Februar: «Ich hatte gerade ein langes und sehr gutes Gespräch mit Präsident Xi aus China. Er ist stark, scharfsinnig und kraftvoll darauf konzentriert, den Gegenangriff gegen das Coronavirus zu führen.»

19. Februar: «Ich glaube, alles wird gut. Ich glaube, wenn wir in den April kommen, ins wärmere Wetter, wird das einen negativen Effekt auf diese Sorte Virus haben.»

24. Februar: «Das Coronavirus ist unter Kontrolle in den USA. Die Börse sieht sehr gut aus.»

25. Februar: «Wir machen einen großartigen Job.»

26. Februar: «Wegen all der Dinge, die wir geleistet haben, ist das Risiko für das amerikanische Volk sehr niedrig. Wenn du 15 Leute (*Infizierte*) hast und diese 15 dann in wenigen Tagen weniger werden, nahe null. Dann haben wir einen ziemlich guten Job gemacht.»

27. Februar: «Es wird verschwinden. Eines Tages, es ist wie ein Wunder, wird es verschwinden.»

9. März: «Die Fake-News-Medien und ihr Partner, die Demokratenpartei, tun alles, was in ihrer mehr oder minder erheblichen Macht steht (die war schon mal größer!), die Coronavirus-Situation anzuheizen, weit über das hinaus, was die Fakten hergeben.»

13. März: «1,4 Millionen weitere Tests nächste Woche und fünf Millionen in einem Monat. Ich bezweifle, dass wir die annähernd brauchen werden.»

Wenn man sich all die Tweets und Videos genauer ansieht, wird erst so richtig klar, wie fahrlässig das Gerede des Präsidenten war: so verplappert und kenntnisfrei, so selbstgerecht und gefährlich.

Trump nannte das Virus «ausländisches Virus», «Wuhan-Virus», «China-Virus» und am Ende «Kung Flu». Er sagte mehrfach und explizit, dass Vorsorge und Selbstisolierung nicht nötig seien; und dass das

Tragen von Schutzmasken eine Attacke gegen ihn, den Präsidenten, sei. Das Pandemie-Büro im Weißen Haus hatte er eingespart und gestrichen, da es für ihn Teil des «deep state» war, jener bürokratischen Welt der Experten, mit der er so gar nichts anfangen konnte.

Als die Epidemie zur Pandemie wurde, als sich das Virus von Wuhan aus auf den Weg in alle Teile der Erde machte, wollte Trump es kleinreden, vermutlich weil er die Börsenkurse im Blick hatte und diese als Maßstab der eigenen Leistung wahrnahm. Mehrere Fox-Moderatoren tauschten sich mit Trump aus, berieten ihn, transportierten dessen Sichtweise zu ihren Zuschauern.

Die Moderatorin Laura Ingraham, einer der größten Fox-Stars, behauptete schon am 27. Februar 2020, dass die demokratische Kritik an Trump «beunruhigender» als das Virus selbst sei. Eine «Tyrannei der Experten» diagnostizierte sie. Und dann lenkte Ingraham ab und pries wochenlang das von Donald Trump («Ich habe so ein Gefühl») empfohlene Anti-Malaria-Medikament «Hydroxychloroquin», das sie einen «game changer», spielentscheidend, nannte: Für «Wunderheilungen» habe es gesorgt, «wie Lazarus» stiegen die Patienten «aus dem Grab herauf»; wer jenes gegen Covid-19 niemals getestete Medikament in Frage stelle, sei «in totaler Verweigerungshaltung». «Ich liebe ja die Medizin», das sagte Ingraham am 3. April, aber all die zur Vorsicht mahnenden Wissenschaftler verlangten nun ernsthaft nach einer Studie darüber, «ob der Himmel blau ist».

Das Problem war: Hydroxychloroquin kann Herzprobleme verursachen und wirkt gegen SARS-CoV-2 nicht; das Gefühl Donald Trumps war Unfug, leider.

Ingrahams Fox-Kollege Sean Hannity sagte am 9. März, dass die Demokraten «Trump mit diesem neuen Schwindel prügeln wollen», er meinte die Gefährlichkeit des Virus.

Danach belegten Umfragen: Trump-Wähler und Fox-Zuschauer hielten Covid-19 für weniger bedrohlich als andere Amerikaner, sie verhielten sich entsprechend. Sie spotteten über die Hysterie der Liberalen. Natürlich trugen sie keine Atemschutzmasken, natürlich hielten sie keinen Abstand zu Mitmenschen. Und so sabotierten sie den Versuch

einer gespaltenen Gesellschaft, in dieser einen Krise zu sich selbst zu finden.

Wir hören uns bei Fox um, aber niemand möchte namentlich Auskunft geben. «Wir danken für die Anfragen, aber wir lassen diese Gelegenheit aus», sagt uns Fox-Sprecherin Carly Shanahan.

Drei ihrer Kollegen entscheiden sich anders – off the record, wie es unter Journalisten heißt. Bei Fox sei die Hölle los, sagte einer jener Reporter aus dem Reich von Rupert Murdoch, mit denen wir sprechen konnten. Tucker Carlson, der ehemalige CNN-Mann und Überläufer ins Fox-Reich, inszeniere sich selbst als aufrechte Stimme; die anderen (und natürlich auch Carlson) würden Fox News als Staatssender begreifen, da Donald Trump ihnen Zugang gewährt, Bedeutung schenkt, Geld auch, denn die Quoten sind hoch.

Trump und Fox sind längst verschlungen und vereint. Ihre ganze Verachtung aller Experten schließt unbedingt und seit langem die Klimaforscher ein; und aus dieser Verachtung gegenüber der Klimaforschung wurde gleichsam automatisch eine Verachtung der Medizin.

Am 8. Mai 2020 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zum 75. Mal. Donald Trump hatte Veteranen in die Hauptstadt Washington geladen, es würde ja nicht mehr viele Gedenktage mit den Helden von damals («the greatest generation») geben, denn die Männer waren 95 Jahre alt und älter. Um 11.30 Uhr, im nieselig-grauen Washington, stand Trump mit ihnen vor dem Weltkriegsmahnmal.

Natürlich waren die Veteranen der Einladung gefolgt, es war ja ihr großer Tag. War es aber vernünftig, sie ausgerechnet jetzt, inmitten einer Pandemie, die für alte Männer besonders gefährlich ist, durchs Land zu fliegen? Im Weißen Haus war doch gerade erst bekannt geworden, dass ein persönlicher Attaché Trumps positiv auf das Coronavirus getestet worden war.

War dieser Auftritt der Helden nicht auch wieder nur Inszenierung, Teil der Trump-Show? Die nämlich lief in Washington nun seit über drei Jahren. Und begonnen hatte in diesen Tagen die nächste Staffel: Operation Superdonald.

Prolog

Es würde nicht einfach werden, die Erzählung durchzusetzen, das wussten die Beteiligten, inklusive der Hauptfigur. Es würde Geld und Wucht brauchen, doch beides war reichlich vorhanden. Zudem würde Chuzpe nötig sein, dreiste Lügen und sonstige Verdrehungen, da die Erzählung das Gegenteil der Wirklichkeit verkünden musste, anders ging es ja nicht.

Die Wahrheit war: Die Vereinigten Staaten scheiterten an der Corona-Epidemie. Fast 2000 Amerikaner starben am 7. Mai, dem Tag vor dem Besuch der Veteranen, und noch immer wirkte das Land erstarrt, denn es hatte wesentliche Teile seiner Infrastruktur, seiner medizinischen Grundversorgung und seines solidarischen Denkens bereits vor Jahren abgeschafft, und auch im fünften Krisenmonat hatte es viel zu wenig Daten und keine Strategie, es gab ja noch immer zu wenig Tests und viel zu wenig Wissen über die Pandemie.

Die Erzählung allerdings klang anders: Die Vereinigten Staaten hatten das Virus verstanden und besiegt, weil ihr Präsident so klug und entschlossenstark war; die sieg- und glorreiche Nation war jetzt bereit für das größte wirtschaftliche Comeback in der Geschichte der Menschheit.

In der amerikanischen Wirklichkeit jener Wochen kamen drei Momente zusammen. Covid-19 erschütterte das Land, legte dessen Schwachstellen offen, traf und tötete überall, aber vor allem tötete das Virus die Schwächsten, die Ungeschützten. Ausgerechnet ein derart komplexes Virus traf, zweitens, auf die Regierung Donald Trump, die Wissenschaft und Daten und langfristige Planung ablehnte. Und oben-drein, drittens, war Wahlkampf – in diesem gespaltenen, verwundeten, wütenden Land.

Im Wahlkampf wollten Weißes Haus und die Republikanische Partei nun also ihre Erfolgsgeschichte erzählen. Sie wollten denselben Präsidenten Donald Trump als entschlossenen Entscheider, als staatsmännischen Meisterstrategen verkaufen, der sich im wahren Leben Tag für Tag als das Gegenteil erwies.

War das zynisch? Natürlich.

Oder war es zeitgemäß, professionell? Ja, professionell kann man die Propaganda-Mission wohl auch nennen: Sie lief längst und mit Macht.

«Wir erleben eine Radikalisierung und Entfesselung des Propaganda-Regimes der Trump-Administration», schrieb uns per Mail der Politikwissenschaftler und Philosoph Michael Werz. «Ob sich diese Strategien der Massenmanipulation durchsetzen oder nicht, entscheidet über die Zukunft der USA und der Welt. Durchsetzen können sich die Narrative nur unter Absehung von der Realität – es kommt für Trump darauf an, genug Amerikaner/innen zu mobilisieren, die diese Wirklichkeitsflucht mitmachen.»

Hat das Weiße Haus zunächst durch seine Personalpolitik und Ablehnung jeglicher Forschung die eigene Handlungsunfähigkeit herbeigeführt und dann das Coronavirus zu leugnen und kleinzureden versucht? War der Präsident mit stundenlangem Fernsehen, seiner Twitterrei, dem Amtsenthebungsverfahren, Wahlkampfauftritten sowie Golf-Wochenenden in Florida beschäftigt, während seine Geheimdienste und die Epidemiologen ab der vierten Januarwoche vergeblich seine Aufmerksamkeit zu ergattern versuchten? Gab es am 23. Januar 2020 ein Corona-Briefing durch die Dienste, konkret durch die CIA-Agentin Beth Sanner, seit drei Jahrzehnten im Einsatz – und wurden dennoch insgesamt zehn Wochen verloren, ehe es zu Beschlüssen, geschweige denn Handlungen kam? Nach allem, was durch Protokolle und Zitate jener Monate belegt ist, können all diese Fragen mit Ja beantwortet werden.

Oder aber hatte Donald Trump bereits vor den eigenen Wissenschaftlern und trotz aller chinesischen Lügen und angeblich wahnhaften Attacken durch die Demokraten die entstehende Pandemie als Pandemie erkannt und konzentriert das Land gerettet: durch kühne Einreiseverbote für Menschen aus der Provinz Wuhan und durch jede Menge Tatkraft? Dies war die Wahrheit und die Erzählung des Trump-Lagers. «Wir hätten 2,2 Millionen oder mehr Tote ohne die Führungsstärke des Präsidenten», so argumentierte Trumps Sprecherin Kayleigh McEnany. Konnte sie das glauben und ernst meinen?

Sie werde in ihren Presse-Briefings niemals lügen, hatte McEnany zum Einstieg gesagt. «Wir werden nicht erleben, dass Krankheiten wie das Coronavirus die USA erreichen», das allerdings hatte sie auch gesagt, am 25. Februar 2020.

Verbreitet wurde die Propaganda über Werbespots (in Versalien: «THE GREATEST COMEBACK STORY») und natürlich über Trumps Team, seine Sprecher, seine Söhne Donald Jr. und Eric. Trump selbst erzählte die Heldengeschichte in seinen Pressekonferenzen und in Tweets an seine über 80 Millionen Follower. Blogger wie Charlie Spiering von *Breitbart* verbreiteten die Geschichte. Milliardäre wie Robert Mercer gaben Geld für Facebook-Kampagnen. Die Republikanische Partei, längst von Trump gelenkt und dominiert, half tatkräftig mit, und Talk-Radio-Shows und Fox News arbeiteten an der Verbreitung der Legende.

Im präsidentialen Alltag folgte daraus, dass Trump zu Demonstrationen gegen Schutzmaßnahmen aufrief und jene Demonstranten, die mit schweren Gewehren und den alten Südstaaten-Flaggen aus Bürgerkriegszeiten gegen die demokratische Gouverneurin Michigans protestierten, «ehrenhafte Menschen» («very fine people») nannte; dass er ohne Schutzmaske eine Maskenfabrik besuchte, in der das Maskentragen vorgeschrieben war (während aus den Lautsprechern der Bond-Song «Live and let die» erklang); dass Trumps Leute Aussagen des Epidemiologen Anthony Fauci und anderer Fachleute im Kongress verboten; und dass ein 17-seitiges Dossier der Mediziner von den «Centers for Disease Control and Prevention» (CDC), das Amerikas Rückkehr in die Schulen und an den Arbeitsplatz vorbereiten sollte, von der Regierung zurückgehalten wurde, weil es zu negativ sei. «Das wird niemals das Tageslicht erblicken», das war der Kommentar des Weißen Hauses.

Trump-Wähler (von 2016) und Fox-Zuschauer transportierten das, worum es dem Weißen Haus ging: die Geschichte vom Sieg im Krieg gegen das Virus – und jene vom Sieger, dem Kriegspräsidenten Trump. Ashish Jha, Direktor des Global Public Health Institute in Harvard, sagte Ben Smith, dem Medien-Kolumnisten der *New York Times*: «Einige Kommentatoren in den rechten Medien haben eine ganz spezielle Art von Fehlinformationen verbreitet, die sehr schädlich war.» Medizinisch schädlich? Fraglos. Es gab jede Menge Partys, Trauerfeiern, Demonstrationen, bei denen starke Amerikaner zeigen wollten, dass sie stärker als dieses Virus seien; und tatsächlich starke Pflegekräfte und Ärzte mussten dann auch diese Patienten behandeln.

War es aber auch politisch schädlich? Langfristig? Das ist die Frage.

Zur Operation Superdonald gehörten Nebenkriegsschauplätze, das ist in den USA geübte Praxis: viel Gerede, viel Getöse, viel Verwirrung – obwohl alles offen zutage lag.

Dokumentiert war etwa, dass Trumps Schwiegersohn Jared Kushner einen Trupp junger Ökonomen ohne medizinischen Hintergrund angeheuert hatte, welche wochenlang ahnungslos vor all den komplexen Fragen saßen – auch dies war, durch einen Whistleblower, belegt.

Aber ... Moment! Hat denn nicht China die Welt getäuscht, muss es dafür nicht zahlen? Hat die Weltgesundheitsorganisation nicht gleichfalls die Welt getäuscht und sich China unterworfen? Sind nicht die Migranten schuld? Die Europäer? Oder das Amtsenthebungsverfahren? Obama? Hillary Clinton? Beide – oder alle zusammen?

So wurde die eigentlich einfache Feststellung, dass das Weiße Haus von jenem 31. Dezember 2019, an dem die chinesische Regierung die Welt informiert hatte, bis Mitte März zunächst nichts und dann nur wenig gegen die Epidemie getan hat, in all dem Lärm und Nebel unscharf. Wenn nichts mehr stimmt, stimmt alles. Oder auch andersherum.

Und jene Menschen, die angemerkt hatten, dass es wochenlang zu wenige Tests und zu wenige Beatmungsgeräte und sowieso keine Koordination und keine national geltenden und prägnant kommunizierten Richtlinien gab, wurden nun vom Präsidenten gefeuert, selbst wenn Aufsicht und Kritik ihr expliziter Auftrag gewesen waren.

Der *Washington Post* fiel auf, dass sich in Trumps Gebaren etwas wiederholte. Vor knapp 20 Jahren war er als Geschäftsmann bankrott gewesen, gescheitert mit seinen Spielcasinos, verstrickt in endlos viele Kredite. Der Erfolglese hatte sich herausgewunden, indem er Erfolg darzustellen versuchte und darstellen ließ: Er versprach immer der nächsten Bank künftige Triumphe und Einnahmen, und schließlich rettete ihn die Fernsehreihe «The Apprentice», die ihn als heuernden und feuernenden Geschäftsmann inszenierte und vom nächsten Jet in die übernächste Limousine steigen ließ. «Alles Show», sagten die Produzenten von damals nun der *Post*.

Schon klar übrigens: Politik ist immer auch Selbstvermarktung, die

Prolog

Darstellung von Plänen und Handlungen, das Werben und mitunter das Schönfärben. Nicht alles, was in diesen Wochen in den USA geschieht, ist einzigartig: Die wenigsten Staatschefs gestehen offen Fehler und Schwächen ein, auch Sündenböcke hat es in der Geschichte schon oft gegeben – und gewiss manche Lüge.

Dass ein demokratisch gewählter Präsident aber in seinen ersten 1267 Amtstagen 20 055 Lügen und Unwahrheiten erzählt, folglich 16 pro Tag (von den Dokumentaren der *Washington Post* dargelegt und bewiesen), und dass an Trumps Seite seine ganze Regierung Fakten verdreht und schließlich eine neue, eigene Wirklichkeit erfindet, als wäre sie das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das ist neu.

Donald Trump marschierte weiter, immer voran. Er sagte, die USA hätten den Kampf gewonnen, würden inzwischen bessere und sowieso mehr Tests durchführen als alle anderen Länder zusammen, was ähnlich plump gelogen war wie der nächste Satz: dass nämlich die USA Beatmungsgeräte und vieles mehr exportieren würden, weil der Rest der Welt neidisch auf die professionellen USA sei und um Hilfe bitte.

Zwei Wirklichkeiten also, zwei Versionen, zwei Erzählungen standen einander gegenüber. Laut Michael Werz «befinden (*wir*) uns in einer neuen Zeitrechnung der digitalen Demagogie. Terra incognita.»

Oder eben: Welcome to America in the year of 2020.

Und wie ist das alles entstanden, wo liegen die Anfänge? Warum ist es so, wie es nun ist?

«Der gegenwärtige Konflikt würde auch dann existieren, wenn Donald Trump nicht der Präsident wäre», das sagte uns der New Yorker Politik-Professor Robert Shapiro, «und das bedeutet auch, dass er bleiben wird.» Shapiro meinte den Konflikt und nicht Trump.

Es war Februar 2020, wir waren in Manhattan von Süden nach Midtown gefahren, zur 42. Straße, und nach Osten gegangen, Richtung East River. Im Foreign Press Center an der First Avenue trafen wir Shapiro, der sich auf Themen wie öffentliche Meinung, politische Führung, Statistik, Massenmedien spezialisiert hat; ein schmaler, kleiner Mann, listig lächelnd, das blaue Sakko war zu groß, die weißen Haare waren et-

was wirr von hinten nach vorn gekämmt. Shapiro, Jahrgang 1953, erzählte, wie das alles begonnen hat, der Lärm und die Spaltung.

Die Republikaner, man glaubt es heute kaum noch, waren in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts zwar wirtschaftlich konservativ, ansonsten aber liberal, in sämtlichen gesellschaftspolitischen Fragen inklusive Abtreibung. «Dann wandelten sich beide Parteien. Die Bürgerrechtsbewegung und Lyndon Johnson veränderten Amerika und schufen das Land, das wir heute haben», sagt Shapiro.

Jener Lyndon B. Johnson, LBJ genannt, wurde am 22. November 1963 an Bord der Air Force One zum amerikanischen Präsidenten: Dort wurde der Vizepräsident vereidigt an jenem berühmten Tag, an dem der Präsident John F. Kennedy in Dallas ermordet wurde. Fast 12 Monate lang war Johnson ein ungewählter Präsident, die Wahl von 1964 bestätigte ihn rauschend.

Johnson nutzte die Macht und die Zeit, die er hatte, und verstand Politik als Auftrag zu gestalten. Drei Dinge tat er vor allem: Er trieb den Vietnamkrieg immer weiter, obwohl er und die Spitze des Pentagons wussten, dass dieser Krieg uferlos und nicht zu gewinnen war – die *Washington Post* enthüllte 2019 all die Lügen, die damals verbreitet wurden, um immer neue Soldaten nach Südostasien schicken zu können, diese ganze Amateurhaftigkeit, wenn es denn nicht diabolisches Machtkalkül war, da Kriegspräsidenten in den USA selten abgewählt werden.

Johnson drückte aber auch sozialpolitische Reformen durch, die er unter dem Begriff «Great Society» zusammenfasste: Krankenversicherungen, bis dahin nur für Reiche existent, wurden nun für viele Amerikaner erschwinglich, und auch Umweltschutz, Bildung, Verbraucherschutz und sogar Waffenkontrollen waren Teil seiner Great Society.

Schließlich, drittens, setzte Johnson sich an die Spitze der Bürgerrechtsbewegung. Der Civil Rights Act und der Voting Rights Act schafften die drei Jahrhunderte alte Diskriminierung der Schwarzen zwar nicht im wahren Leben, aber immerhin im juristischen Sinne ab: Von nun an war die sogenannte Rassentrennung illegal. Und diese innen-

politischen Strategien, so führte Robert Shapiro seinen kleinen geschichtlichen Exkurs fort, teilten das Land. «Die Demokratische Partei entschied sich und wurde nun ganz eindeutig zur Bürgerrechtspartei, liberal in allen sozialen Fragen. Sie verlor damit die konservativen Wähler, die Südstaaten-Demokraten verließen die Partei», so Shapiro.

Es ist heute kaum mehr vorstellbar, weil nichts davon geblieben ist, aber bis dahin waren die Parteien nicht so leicht auszurechnen gewesen: Mehrheiten formten sich je nach Thema, Kurswechsel waren jederzeit möglich. Und, noch wichtiger, einen gewaltigen Machtblock innerhalb der Demokratischen Partei bildeten die «Dixiecrats», die konservativen Demokraten aus den Südstaaten, der einstigen Heimat der Sklaverei. Diese Dixiecrats aus Mississippi oder Alabama hielten in Washington immer und unbedingt zusammen, was bedeutete, dass ohne ihre Unterstützung kein Bewerber Präsidentschaftskandidat werden konnte. Und weil sie einander halfen, kontrollierten sie unverhältnismäßig viele Ausschüsse im Kongress.

Nun aber, wegen der Bürgerrechtsbewegung und wegen des neuen Kurses ihrer Partei, verließen die Dixiecrats die Partei. Und die Republikaner sahen eine Chance, eine Lücke, und nahmen die politischen Exilanten auf: Richard Nixon erfand die «Southern Strategy».

Shapiro erklärte: «Die Southern Strategy umfasste Themen wie Abtreibung, Religion, Sicherheit, verbunden mit Rassenfragen. Bis dahin war politische Nuancierung stets personenabhängig gewesen, auf einmal unterschieden sich die Kurse abrupt. Die scharfe Abgrenzung war strategisch und emotional gewollt, da vielen Anhängern der Republikaner die Bürgerrechtsbewegung viel zu weit ging.» Shapiro verlor sein Lächeln nicht, er schien nach all den Jahren der Beschäftigung mit seinem Heimatland immer noch vergnügt zu staunen.

Dieser Richard Nixon hat als Präsident das politische Leben in den USA vergiftet. Er hat den Vietnamkrieg grausam ausgeweitet, bevor er amerikanische Soldaten abzog, er hat sich auch in die Angelegenheiten anderer Länder eingemischt, ausländische Politiker hin- und hergeschoben wie Schachfiguren und Diktatoren unterstützt, weil sich mit denen gute Geschäfte machen ließen. Und er hat der Welt schließlich gezeigt,

wozu Menschen im politischen Überlebenskampf in der Lage sind. Watergate war ein Sündenfall, an dem alle Präsidenten der jüngeren Geschichte der USA gemessen werden. Wohl nie zuvor und nie danach wurde so viel gelogen, nie wurden Konkurrenten und Kritiker so brutal bekämpft. Bis Donald J. Trump kam.

Die Präsidentschaft wanderte in den Jahren nach Johnson und Nixon hin und her, mal regierte ein Demokrat, mal ein Republikaner, die Demokraten hielten zunächst oft beide Kammern des Kongresses, Senat und Repräsentantenhaus, dadurch dominierten sie auch die Besetzung der amerikanischen Gerichte. «Das veränderte sich 1980. Mit der gewaltigen Begeisterung für Ronald Reagan kamen die Republikaner an die Mehrheit im Senat, und 1994, angeführt von Newt Gingrich, eroberten sie auch, nach Jahrzehnten wieder, das Repräsentantenhaus. Immer dann, wenn eine Partei den gesamten Kongress und das Weiße Haus hält, sind in diesem Land große Reformen und Kurswechsel möglich», sagte Shapiro.

Und jener Newt Gingrich wurde zu einer weiteren Schlüsselfigur der amerikanischen Geschichte, weil er das Zusammenspiel mit Demokraten beendete. Er glaubte an Mehrheitsbildung durch Feindbilder, darum an den Bruch demokratischer Spielregeln, an das Ende der Kommunikation mit dem politischen Gegner und an eine Verschärfung der politischen Sprache: Die andere Partei wurde zum «Feind», deren Politiker wurden «Verräter» und «Verbrecher», die «unser Land nicht lieben», und Präsident Bill Clinton sollte in einer Art politischer Treibjagd erlegt werden, schließlich durch ein Amtsenthebungsverfahren aufgrund einer außerehelichen Affäre. Newt Gingrich veränderte die Tonlage in Amerika dauerhaft, und zudem erkannte er die Macht des Fernsehens: CSPAN übertrug damals die Debatten aus dem Kongress, weshalb Gingrich zum ersten amerikanischen Politiker wurde, der seine Tiraden dem TV-Programm anpasste und in wiederverwertbaren 90-Sekunden-Slogans kondensierte. Und an seiner Seite marschierten ultrakonservative Moderatoren im Talk Radio und im Fernsehen sowie die Medienunternehmer, die von der Radikalisierung der politischen Sprache profitieren.

Polarisierung hat oft mehr mit der Ablehnung der Gegenseite zu tun als mit der Begeisterung für die eigene Sache. «Je weiter du von der Grenze entfernt wohnst, desto mehr bist du in den USA gegen Einwanderung. Es kümmert solche Wähler gar nicht so sehr, wenn der eigene Mann die Unwahrheit sagt, solange er die gemeinsame Identität nicht verrät», sagte Shapiro.

Darum seine Eingangsthese: Die fundamentalen Konflikte werden bleiben. Darum auch diese Erkenntnis: Das alles hat nicht Donald Trump erfunden, und es wird auch nicht ausschließlich von den Republikanern vorangetrieben. Shapiro sagte: «Beide Seiten wollen gleich wenig Kompromisse. Die Demokraten sind zuletzt immer weiter nach links gerückt, ohne Kompromissbereitschaft. Diese Konflikte haben zu Handlungsunfähigkeit und Blockade geführt.»

Dass demokratisch gewählte Präsidenten permanent lügen und zugleich Daten und wissenschaftliche Beweise ignorieren, widerspricht allen demokratischen Normen. «Wir brauchen neue Führer», folgerte Shapiro, «der Wandel muss ja von oben, von den politischen Führern kommen.» Ist das aber noch möglich? Von Karl Rove, Berater und Mastermind des einstigen Präsidenten George W. Bush, stammt die Aussage: «Wir sind ein Imperium. Wenn wir handeln, erzeugen wir unsere eigene Wirklichkeit.»

Und damit zu jenem Mann, der dieses Credo zum Leitmotiv politischen Lebens in den USA gemacht hat.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de